

Unternehmen außer Kontrolle

Runder Tisch Brasilien, 03.-05.12.2010 in Weimar

Plenum 1: Brasilien nach den Wahlen – Neue Herausforderungen für soziale Bewegungen

Referent: Verena Glass (Repórter Brasil), Jônia Rodriguez (FIAN International), Egon Heck (CIMI)

Moderation: Gislene Lima (KoBra)

Protokoll: Marcos da Costa Melo (KoBra-Vorstand und FuGE-Hamm)

Gislene Lima (KoBra, Moderation) fasste die Wahlergebnisse zusammen:

Die erste große Überraschung der Präsidentschaftswahl beim ersten Wahlgang am 3. Oktober in Brasilien war das gute Abschneiden von Marina Silva (PV). Marina Silva, ehemalige Umweltministerin der Regierung Lulas und Ex-Senatorin im Bundesstaat Acre, bekam über 19% der abgegebenen Stimmen. Die zweite große Überraschung war die Tatsache, dass 18% der Wähler/innen trotz der Wahlpflicht nicht zur Wahl gingen.

Die abgezählten ungültigen bzw. leeren Wahlzettel kamen auf 9% zusammen. Dilma Rousseff (PT) bekam 47% der Stimmen und verfehlte somit die absolute Mehrheit. José Serra (PSDB) erhielt im ersten Wahlgang 32,61% der gültigen Stimmen.

Am 31. Oktober kam es nun zur Stichwahl um die Präsidentschaft, bei der Dilma Rousseff (PT) wie erwartet gewann. Sie bekam hier über 56% der Stimmen. José Serra erhielt fast 44%.

Luiz Inácio Lula da Silva (PT) durfte nach nunmehr zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren.

Neben der Abstimmung über das Präsidentenamt wurde auch über zwei Drittel aller Senatsposten, die Besetzung der Parlamente der Bundesstaaten sowie deren Gouverneure entschieden.

Jônia Rodriguez (FIAN Brasil, FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) ging auf die Auswirkungen des relativ schwachen Wahlergebnisses von Dilma Rousseff ein:

Die Wahlergebnisse weisen auf eine geteilte bzw. polarisierte Gesellschaft hin. Es werde keine umfassende politische Einheit unter der Regierung von Dilma Rousseff geben. Es gebe jedoch Anzeichen dafür, dass die liberalen wirtschaftlichen Interessen unter der zukünftigen Präsidentin besser vertreten werden. Das Wirtschaftsprogramm der Lula Regierung wird somit fortgeführt. Die Rolle von Lula in der Arbeiterpartei (PT) und in der neuen Regierung ab Januar 2011 wird gefestigt, sodass der Wahn von Großprojekten wie „Monte Belo“ und Agrobusiness ungehindert fortgesetzt werden kann.

Egon Heck (CIMI, Indigenen-Missionsrat Brasilien) erläuterte Positionen zu Indigenenfragen in der neuen Regierung Brasiliens:

Wie es unter der Regierung Lula der Fall war, werden die politischen Kräfte gegen die Demarkierung von Indigenen Gebieten Brasiliens Zulauf bekommen. Die Indigenen-Problematik, wenn sie überhaupt in der Präsidentschaftswahl ein Thema war, wird als Hemmschuh auf dem Weg Brasiliens zu einem neuen Industrieland und wichtigem Global-Player gesehen. Unter wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten befürchtet Egon Heck, dass die Verfahren der Demarkierung von indigenen Gebieten erschwert und verzögert werden. Unzählige Reservate warten immer noch auf Anerkennung. Entscheidungsinstanzen werden noch leichter zu beeinflussen sein, da die Interessen der Invasoren in indigenen Gebieten besser vertreten werden. Im August 2010 wurde z.B. FUNAI (Brasiliens staatliche Indianerbehörde) wegen Verzögerung bei Demarkierungen zu einem Bußgeld verurteilt. FUNAI hatte versäumt, der Landesregierung des Bundesstaates Mato Grosso do Sul ein seit Mitte 2009 vereinbartes Gutachten über die Grenzziehung der Indio-Reservate vorzulegen, belegt Egon Heck.

Dilma Rousseff werde eine Grundsatzposition zu Indigenenfragen in ihrer Regierung nicht vorlegen, so Egon Heck. Eine stärkere Militärpräsenz wird kommen, aber das Problem der Demarkierung wird dadurch nicht nachhaltig gelöst. Die Rahmenstrukturen sind spärlich. FUNAI sei weiterhin schlecht ausgestattet. Ihre Behördenchefs werden immer wieder gewechselt. Bei einigen FUNAI-Chefs geht man davon aus, dass die Interessen von Bergbauunternehmen, Garimpeiros (Goldschürfern) oder der Sojaindustrie eine Rolle bei der Entlassung spielten. Grundveränderungen

in der Praxis der Ausbeutung von Rohstoffen sind gegenüber der Vorgängerregierung nicht gegeben, so Heck.

Verena Glass (Repórter Brasil) geht auf das Leiden von Indigenen unter der Energiepolitik und dem Bio-Treibstoffsprogramm in Brasilien ein:

Die Zerstörung durch den Ausbau der Ethanol-Produktion ist vielseitig. Besonders betroffen in diesem Prozess sind die Guarani-Kaiowá in Mato Grosso do Sul, die in den letzten Jahren von ihrem Stammesland im Westen Brasiliens vertrieben wurden. Hauptverursacher hierfür sind Zuckerrohrplantagen für Bio-Ethanol und Viehzucht für den Export. Es ist eine systematische Räumung, erläutert Verena Glass. Die Guarani-Kaiowá werden zuerst von den Landbesitzern mit Gewalt bedroht und dann umgesiedelt. Später müssen sie unter menschenunwürdigen Bedingungen als Saisonarbeiter auf dem Land ihrer Vorfahren arbeiten. Sklavenarbeit ist hier keine Seltenheit.

Verena Glass geht davon aus, dass dieses Problem sich in der Zukunft verschärfen wird. Unter der Regierung Dilma Rousseffs wird die Zuckerindustrie weiter die Vertreibungspolitik fortführen. Verstärkte Exporte von Agrartreibstoffen sind geplant, gerade auch in die EU. Zudem steigen vermehrt internationale Konzerne in die brasilianische Zuckerindustrie ein.

Darüber hinaus geht Verena Glass auf die Umweltschäden der Monokultur ein. Vor allem bei Belo Monte, dem drittgrößten Staudamm der Welt, ignoriert man die Risiken der Trockenzeit für Menschen und Natur. Alternativen für den Energiehunger Brasiliens werden fast komplett ausgeklammert. Solar- und Windenergienutzung liegt unter 7 %. Die Regierung ignoriert ebenso das Potenzial der Energieeinsparung in Produktionszentren sowie die Leistungsfähigkeit durch Modernisierung der alten Wasserkraftwerke.

Publikum:

In der kurzen Diskussion nach den Statements behandelten die Referenten vor allem Fragen nach Parallelen zwischen Dilma Rousseff und Lula da Silva. Ihre ähnlichen Wirtschaftsmodelle werden unterschiedlich in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Eine andere Frage war, wie es gewesen wäre, wenn José Serra die Wahl gewonnen hätte. Die Referenten waren sich einig, dass man ökonomisch wenige Unterschiede erkennen würde. Wegen der positiven Errungenschaften etwa des Null-Hunger-Programms und anderer sozialer Projekte Lulas, hätte eine Regierung des Gegenkandidaten José Serra eine soziale Katastrophe für Brasilien bedeutet.